

Der Bau neuer Atomkraftwerke bleibt verboten – vorerst

Klare Verhältnisse im Nationalrat, doch das Thema kommt bald wieder auf den Tisch

CHRISTOF FORSTER, BERN

Die Debatte über die Stromversorgung der Schweiz ist näher an der Realität als noch vor einigen Jahren. Die Zahlen im neuen Stromgesetz, das der Nationalrat diese Woche behandelt hat, zeigen den immensen Bedarf an zusätzlichen Anlagen. Die Produktion von Strom aus

Das Augenmass ist nicht überall gewahrt

Kommentar auf Seite 19

erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) soll 2035 mindestens 35 Terawattstunden betragen. Das ist etwa gleich viel, wie heute die Wasserkraftwerke produzieren.

Ob die Ausbauziele mit den beschlossenen zusätzlichen Förderungen und Instrumenten erreicht werden, bleibt offen. Neue Wind- oder Photovoltaikanlagen können weiterhin mit jahrelangen Verfahren blockiert werden. Alles wird allerdings nicht zu haben sein: Wer den Atomausstieg unterstützt, sollte sich abfinden mit Wind- und PV-Anlagen in der freien Landschaft und in den Bergen. Dabei geht es nicht um einige hundert, sondern um mehrere tausend Windräder. Nur so wird die Schweiz genügend Strom im Winter produzieren.

Fehler korrigieren

Eine dritte Variante – neben dem Bau neuer AKW und der Beanspruchung der Landschaft durch Windparks und PV-Anlagen – liegt beim Import des fehlenden Stroms. Weil es sich dabei um grosse Mengen handelt, würde sich die Schweiz in eine grosse Abhängigkeit vom Ausland begeben. Zudem ist es unsicher, ob die Nachbarländer in den kommenden Jahrzehnten selbst über genügend Strom verfügen im Winter, um exportieren zu können. Mit dem Ausstieg aus den Fossilien werden auch diese Länder mit der Herausforderung konfrontiert sein, im Winter genügend Strom zu produzieren.

In dieser Abwägung hat sich die SVP klar positioniert. Sie setzt sich für neue

Atomkraftwerke ein. Mit mehreren Vorstössen wollte die Volkspartei den Bau neuer Kernanlagen ermöglichen. So wurde etwa eine vereinfachte Bewilligung neuer AKW an bereits bestehenden Standorten vorgeschlagen. Das heisst, auf dem Gelände von Beznau, Gösgen, Leibstadt oder auch auf dem Areal des stillgelegten Kernkraftwerks Mühleberg könnte schneller ein neuer Atommeiler gebaut werden. Ein weiterer Antrag forderte, den Bau von AKW der dritten Generation zu ermöglichen. Sie gelten als sicherer als ihre Vorgänger, zu denen die Schweizer Kernkraftwerke gehören.

Es gehe darum, die Fehler der gescheiterten Energiestrategie zu korrigieren, sagte SVP-Nationalrat Michael Graber. Neue Kernkraftwerke könnten einen Beitrag zur Stromversorgung mit

Die Diskussion über die nächsten Etappen der Energiestrategie will Energieminister Rösti technologieoffen führen.

klimaschonender Energie leisten. Graber verwies auf eine diese Woche publizierte Umfrage, wonach AKW in der Bevölkerung mehrheitsfähig sind. Laut der vom Nuklearforum in Auftrag gegebenen Studie befürworten 49 Prozent der Befragten die weitere Nutzung der Kernenergie, 38 Prozent sind dagegen. 43 Prozent waren der Ansicht, dass der Bau neuer AKW verboten bleiben sollte. Mit Christian Wasserfallen verlangte auch ein FDP-Vertreter die Aufhebung des geltenden Neubauverbots. Weil letztlich das Stimmvolk über den Bau entscheiden müsse, sei dies kein Freibrief für künftige Kernkraftwerke.

Für die Grünen, bei denen der Kampf gegen die Atomkraft zur DNA gehört, rütteln die Forderungen der SVP an einem Tabu. Postwendend kam die Antwort. «Der Atomausstieg ist eine der

tragenden Säulen der Energiestrategie», sagte Kurt Egger (Grüne, Thurgau). Neue Atomkraftwerke seien heute in der Schweiz sicher keine Option. Sie seien weder nachhaltig noch umweltschonend. Zudem wolle niemand in AKW investieren. Vertreter der Mitte und der FDP, die in dieser Frage verschiedene Strömungen vertritt, lehnten die Vorstösse der SVP mit formalen Argumenten ab. Es sei der falsche Zeitpunkt, um über die Aufhebung des Neubauverbots zu diskutieren, sagte Susanne Vincenz-Stauffacher (St. Gallen, FDP). Die Freisinnigen unterstützen die Nuklearforschung und die Weiterentwicklung der bestehenden Technologien.

Sympathien für die Kernkraft

Mit Spannung wurde das Votum von Energieminister Albert Rösti erwartet. Im Gegensatz zu seiner Vorgängerin war Rösti als Nationalrat ein Verfechter der Atomkraft. Noch im Sommer 2022 forderte er, das Verbot von neuen Kernkraftwerken aufzuheben. Nun muss er in seiner neuen Rolle die Position des Bundesrats vertreten. Seine persönliche Haltung liess er dennoch durchblicken. Er habe zwar Verständnis für die Forderungen nach neuen AKW angesichts des künftigen Strombedarfs, sagte Rösti am Mittwoch im Nationalrat. Doch beim vorliegenden Gesetz gehe es um die Förderung von erneuerbaren Energien. Die Vorlage sollte laut dem Energieminister nicht mit längerfristigen Projekten belastet werden.

Die Diskussion über die nächsten Etappen der Energiestrategie will Rösti technologieoffen führen. Das heisst: Dann kommt auch der Bau neuer Atomkraftwerke auf den Tisch. Sein Departement befasse sich mit dieser Technologie und leiste dazu noch im laufenden Jahr Grundlagenarbeit, sagte Rösti.

Alle Anträge für einen Neuanlauf bei den Atomkraftwerken scheiterten im Nationalrat deutlich. SP, Grüne, GLP stimmten jeweils geschlossen gegen die Aufweichung oder Streichung des AKW-Bauverbots. Auch die Mitte und die FDP stimmten grossmehrheitlich dagegen. In der entscheidenden Abstimmung lautete das Stimmenverhältnis 131 Nein zu 59 Ja.

Mehr Winterstrom für die Schweiz

In Grengiols sind fast eine Million Solarmodule geplant

ISABELLE WACHTER

Auf der Alp Furgge im Saflischtal soll eine der landesweit grössten Solaranlagen gebaut werden. Der Sonnenhang befindet sich auf über 2000 Metern über Meer und ist deshalb für die Produktion von Winterstrom gut geeignet. Zu diesem Schluss kommt die Machbarkeitsstudie, die Grengiols-Solar in Auftrag gegeben hatte. Am Mittwoch haben die Gemeinde und die beiden lokalen Energieversorger, Energie Brig-Aletsch-Goms und Forces Motrices Valaisannes, die Ergebnisse der Studie präsentiert.

Stausee als Batterie

Anstatt der ursprünglich untersuchten 6,6 Quadratkilometer sind laut der Studie nur 3,4 bebaubar, weil es auf dem Hochplateau Nordhänge gibt, die für die Installation von Solarpanels nicht geeignet sind. Zudem gibt es Passagen, die aufgrund der Lawinen- und Murgang-Gefahr nicht überbaut werden sollten. Die verbleibende Fläche entspricht aber immer noch der Grösse von rund 350 Fussballfeldern. Darauf können 910 000 Solarmodule installiert werden, die jährlich 600 Gigawattstunden (GWh) Strom liefern, fast die Hälfte davon im Winter.

Neben der gigantischen Solaranlage soll auch das nahe gelegene Wasserkraftwerk Chummensee in ein effizienteres Pumpspeicherkraftwerk umgebaut werden. Die Produktion im Winter lässt sich durch die neue Technologie gar verdoppeln. Insgesamt könnte die Stromproduktion von 550 auf 600 GWh gesteigert werden. Grengiols-Solar und das neue Wasserkraftwerk weisen damit zusammen ein Potenzial von 1200 GWh auf. Damit könnte man den Kanton Zug ganzjährig mit Strom versorgen.

Obwohl die beiden Projekte unabhängig voneinander gebaut werden können, ergibt eine parallele Umsetzung durchaus Sinn. Denn mit dem überschüssigen Strom aus der Solarproduktion kann im Speicherkraftwerk Wasser wieder in den Stausee hochgepumpt werden. Somit würde der Stausee als Batterie fungieren.

Normalerweise dauert der Bau einer solch grossen Solaranlage mehrere Jahre, weil nur im Sommer gebaut werden kann. Grengiols muss aber bis Ende 2025 Elektrizität liefern, damit das Projekt von Subventionen des Bundes von

bis zu 60 Prozent der Investitionskosten profitieren kann. Deshalb wird der Strom in einer ersten Etappe über eine temporäre Freileitung ins Tal geführt. Die Netzkapazitäten für die minimale Erstproduktion in den ersten Jahren sind vorhanden, wie Grengiols-Solar mitteilt. In einer späteren Phase werde die Freileitung in einen Kabelstollen verlegt.

Grund für den Zeitdruck ist ein Parlamentsentscheid vom letzten Herbst. Wegen der drohenden Strommangellage lancierte der Ständerat ein dringliches Gesetz, das den Bau von Grossanlagen wie Grengiols über ein vereinfachtes Bewilligungsverfahren ermöglicht und mit Subventionen belohnt. Mit dem Termin Ende 2025 wollte man die Branche bewusst unter Zeitdruck setzen. Derzeit arbeitet der Bundesrat eine Verordnung zum Gesetz. Daher gibt es noch viele Unklarheiten. «Die Investitionskosten lassen sich zum heutigen Zeitpunkt kaum seriös schätzen. Wir möchten aber das Baugesuch bis Ende Jahr einreichen», so Raoul Albrecht, Leiter Produktion von Forces Motrices Valaisannes.

Widerstand formiert sich

Gegen das Projekt formiert sich aber auch Widerstand. Die Interessengemeinschaft Saflischtal gibt zu bedenken, dass die Anlage gemäss ihren Berechnungen eine massiv niedrigere Stromproduktion aufweisen werde, da sich die Module gegenseitig vor der Sonne stünden und weniger Reflexionen durch den Schnee zu erwarten seien. Die IG sorgt sich auch wegen der Auswirkungen auf die Umwelt. Der Bau der Solaranlage wäre eine der grössten Baustellen, die das Land je gesehen habe. Es sei schwer vorstellbar, wie die Materialien auf eine Alp über 2000 Höhenmeter geschafft werden solle.

«Wir achten darauf, dass wir die Flora und Fauna so gut wie möglich schonen, indem wir Seilwinden, Bodenmatten und breite Reifen beim Transport der Materialien verwenden», sagt dazu Albrecht. «Zudem verzichten wir bei der Verankerung der Photovoltaik-Module nach Möglichkeit auf Beton.» Da die Gemeinde und die lokalen Stromversorger mit hochalpinen Solaranlagen dieser Dimension noch nicht viel Erfahrung haben, haben sie sich die Elektrizitätswerke Zürich, die Groupe E und die Industriellen Werke Basel an die Seite geholt.

ANZEIGE

NZZ
format

Bäuerin: Ihre Arbeit, sein Land

Die Bauernfrau Andrea Joss liess sich scheiden – und stand vor dem Nichts. Ein Drittel aller Bäuerinnen erhält keinen Lohn auf dem familieneigenen Betrieb. Sie haben keinen Anspruch auf berufliche Vorsorge oder Sozialleistungen. Was muss sich ändern?



Heute um 23.05 Uhr auf SRF 1
Und ab Freitag auf nzz.ch/format

